



Li  
30.9.

Klein 10/11

## Beschluss des Landtages

### Fachkräftegewinnung für den öffentlichen Dienst

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in der **95. Sitzung** zu **Drucksache 6/4388** folgenden Beschluss gefasst:

Der Landtag stellt fest, dass die Gewinnung und Bindung künftiger Fachkräfte im öffentlichen Dienst, neben der Gestaltung einer schlanken und zukunftsfähigen Landesverwaltung, immer mehr an Bedeutung gewinnt. Für die Besetzung freier Stellen fehlen bereits heute ausreichend Bewerber.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. die Stabilisierung des Personalbestandes durch eine frühzeitige Personalgewinnung und -bindung zu erreichen. Im Vordergrund muss die Ausbildung und bei erfolgreichem Abschluss die anschließende Übernahme in den Landesdienst stehen;
2. ein Konzept für eine Arbeitgebermarkenbildung (sogenanntes Employer-Branding) zu erstellen. Mit diesem Konzept soll das Land seine Attraktivität als Arbeitgeber verbessern. Dabei sind rationale und emotionale Attraktivitätsfaktoren zu erarbeiten. Auf einer familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung sollte dabei ein besonderer Schwerpunkt liegen;
3. im Sinne einer ressourcenschonenden und attraktiven Landesverwaltung ist die Nutzung von Heim- und Telearbeitsplätzen über das bisherige Maß hinaus anzuregen;
4. ein Wissensmanagement durch die Einführung eines Transfers von Wissen (Erfassung, Aufbereitung und Weitergabe von Wissen) auf nachfolgendes Personal umzusetzen und so zum einen den Berufseinstieg zu erleichtern, aber auch Wissensverluste in der Landesverwaltung zu minimieren;
5. Leistungsverluste aufgrund des sinkenden Personalbestandes durch den Ausbau von qualitativen Komponenten innerhalb der Personalentwicklung auszugleichen. Insbesondere muss die berufliche Fortbildung der Beschäftigten ein fortwährender Prozess sein;

6. die bestehenden 550 Lehrerausbildungsplätze an den Hochschulen des Landes auf 700 Ausbildungsplätze zu erhöhen;
7. für das Schuljahr 2015/2016 20 Bewerber im Vorbereitungsdienst für das Lehramt im Rahmen der im Haushalt bestimmten Referendarstellen zu binden, bevor diese Hochschulabsolventen sich in andere Bundesländer orientieren;
8. im Rahmen einer erneuten Nachausbildungsoffensive Studienabgänger der Hochschulen an den Landesdienst zu binden und diese vordringlich in den Bedarfsbereichen des Landesverwaltungsamtes einzusetzen.

Detlef Gürth  
Präsident



Vorsitzender

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

ver di • 10112 Berlin

Stadt Halberstadt  
Oberbürgermeister  
Andreas Henke  
Holzmarkt 1  
38820 Halberstadt

Bundesverwaltung

Frank Bsirske

Telefon: 030 6956-0

Durchwahl: 2130

Telefax 3552

www.verdi.de

Online Portal [www.ÖffentlicherDienst.de](http://www.ÖffentlicherDienst.de)

Datum

15. September 2015

Handwritten: *23.11/16 → w.V. 05.10.16*  
Handwritten: *1. R. SGSA*  
Handwritten: *2. w.V. DB-03*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit dem 1. Januar 2014 richtet sich die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) unter der Internetadresse [www.ÖffentlicherDienst.de](http://www.ÖffentlicherDienst.de) mit qualifizierten Informationen, Tipps und Hinweisen an junge Menschen, die sich nach Schule und Studium für einen Arbeitsplatz im Öffentlichen Dienst interessieren.

Detailliert und übersichtlich finden die Interessierten einen Wegweiser durch die vielfältigen Ausbildungsangebote und -möglichkeiten als **Beamte/Beamtinnen** und Angestellte bei Kommunen, Ländern und dem Bund.

Es werden aber auch grundlegende Fragen beantwortet, die sich die Schüler und Schülerinnen bei der Berufswahl stellen:

Welche Berufe werden wann und von wem im Öffentlichen Dienst angeboten?  
Welche Voraussetzungen muss ich erfüllen?  
Welche Verdienstmöglichkeiten habe ich?

Das Portal ist als soziales Netzwerk angelegt. Weitergehende Fragen der Interessierten werden von erfahrenen ehrenamtlichen ver.di-Kolleginnen und -Kollegen persönlich, zeit- und vor allem praxisnah beantwortet.

Durch zahlreiche Rückmeldungen haben wir erfahren, dass sich insbesondere die verlinkten Stellenangebote oder Links zu Bewerbungsmöglichkeiten und -abläufen großer Beliebtheit erfreuen. Daher möchten wir Ihnen, den Bundes- und Landesbehörden, Landkreisen und Kommunen die Möglichkeit anbieten, sich ebenfalls an unserem Portal zu beteiligen. Hierzu reicht eine Mail mit den entsprechenden Informationen an [behoerden@oeffentlicherdienst.de](mailto:behoerden@oeffentlicherdienst.de). Weitere Informationen und ein Kontaktformular sind unter [www.ÖffentlicherDienst.de/behoerden](http://www.ÖffentlicherDienst.de/behoerden) zu finden.

ver.di wird mit dem Portal [www.ÖffentlicherDienst.de](http://www.ÖffentlicherDienst.de) junge Menschen nach Schule und Studium weiter bei der Berufswahl unterstützen und die Angebote des Portals schrittweise erweitern. Wir setzen uns damit aktiv für die Stärkung und die Zukunftsfähigkeit öffentlicher Dienstleistungen ein und ver.di unterstreicht ihre Kompetenz und Verantwortung als wichtigste gewerkschaftliche Interessenvertretung im Öffentlichen Dienst.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie die Internetadresse des Portals sowohl innerhalb Ihres Hauses, aber auch auf Ihren Webseiten kommunizieren würden.

Mit freundlichem Gruß



Frank Bsirske  
Vorsitzender



Klaus Weber  
Bundesbeamtensekretär